



Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Henke (AfD)

Gefahren durch religiösen Extremismus in Thüringen begegnen

- Drucksache 6/152 -

Vizepräsident Höhn:

Gibt es weitere Nachfragen? Das kann ich nicht erkennen. Es kommt zum Aufruf die Drucksache 6/152, eine Frage des Abgeordneten Henke, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Gefahren durch religiösen Extremismus in Thüringen begegnen

Laut Verfassungsschutzbericht 2013 sind in Thüringen etwa 50 Islamisten dem politischen Salafismus zuzurechnen. Wesentliche Bedeutung hätte in diesem Zusammenhang unter anderem das „Internationale Islamische Kulturzentrum – Erfurter Moschee e.V.“. „Multiplikatoren des Salafismus“ hätten im Kulturzentrum Erfurt unter anderem als Referenten bei Islamseminaren mitgewirkt. Islamseminaren würde bei der Vermittlung der salafistischen Ideologie eine besondere Rolle zukommen. Die Auswertung von Radikalisierungsverläufen habe ergeben, dass mehrere Personen, die später im islamistisch-terroristischen Spektrum auffielen, zuvor solche Seminare besuchten oder mit einschlägigen Predigern in Kontakt gestanden haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung salafistische Bestrebungen in Bezug auf die von ihr zu gewährleistende Sicherstellung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

3. Sieht die Landesregierung in der Führungsebene des vom Verfassungsschutz beobachteten „Internationalen Islamischen Kulturzentrums – Erfurter Moschee e.V.“ einen Vertreter eines mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vereinbarenden Islams und einen möglichen Gesprächspartner der Landesregierung und wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?

Vizepräsident Höhn:

Für die Landesregierung antwortet der Staatssekretär Götze vom Ministerium für Inneres und Kommunales.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Henke wie folgt:

Zu Frage 1: In Thüringen leben circa 7.000 Personen muslimischen Glaubens. Die übergroße Mehrzahl praktiziert ihren Glauben friedlich und im Einklang mit dem Grundgesetz. Festgefügte islamistische Organisationsstrukturen sind in Thüringen nicht bekannt. Das Potenzial der eher losen Anhängerschaft beläuft sich insgesamt auf circa 100 Personen. Hiervon sind lediglich Einzelpersonen salafistisch geprägten Personenzusammenschlüssen oder -gruppierungen zuzurechnen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden – wir haben das heute bereits diskutiert –, dass auch in Thüringen die Verbreitung islamistischer und dschihadistischer Propaganda über das Internet an Bedeutung gewinnt. So stellt das rechtzeitige Erkennen individualisierter Radikalisierungsverläufe für die Sicherheitsbehörden aktuell eine der bedeutendsten Herausforderungen dar. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von Aufklärung und Präventionsarbeit in diesem Bereich. Hierzu kann ich auf den heutigen Redebeitrag des Thüringer Innenministers zu TOP 7 verweisen.

Zu Frage 2: Thüringen hat sich gemeinsam mit den anderen Innenministern dafür ausgesprochen, dass Bund und Länder mit geeigneten und koordinierten Präventions- und Interventionsinitiativen Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegenwirken und durch Beratung und Hilfe beispielsweise gefährdeter Jugendlicher zur Deradikalisierung beitragen. Das Verhindern islamistischer Radikalisierungsverläufe ist eine Aufgabe, die letztlich von vielen gesellschaftlichen Akteuren gemeinsam gemeistert werden muss. Hierfür stellen die stärkere Vernetzung und der Ausbau spezifischer Präventionsmaßnahmen einen wichtigen Ansatzpunkt dar. Insgesamt muss die Bekämpfung von extremistischen Tendenzen, in welchem Bereich auch immer, sogleich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Hinsichtlich der einzelnen, bereits bestehenden Beratungsangebote und Aussteigerprogramme verweise ich auf die Ausführungen des Thüringer Innenministers zum bereits genannten TOP 7.

Zu Frage 3: Der Vorsitzende des Vereins „Internationales Islamisches Kulturzentrum – Erfurter Moschee e.V.“, Imam Abdullah Dündar, nahm erst kürzlich am 20. Januar 2015 an einem interreligiösen Dialog unter Beteiligung von Herrn Bundestagspräsidenten a.D., Wolfgang Thierse, und dem Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde, Prof. Dr. Reinhard Schramm, teil. Die große Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger an diesem religiösen Dialog verdeutlicht, dass es wichtig ist, religiöse Themen gemeinsam zu diskutieren und nicht einander mit Vorbehalten oder Misstrauen zu begegnen. Das IIKZ Erfurt ist aufgrund seiner Größe die bedeutendste islamische Organisation in Thüringen und stellt dementsprechend einen Gesprächspartner der Landesregierung dar.

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Götze. Gibt es eine Nachfrage?

Herr Abgeordneter Henke, bitte.

Abgeordneter Henke, AfD:

Eine kurze Nachfrage: Ist bekannt, ob es IS-Rückkehrer gibt, die im Irak, in Syrien gekämpft haben? Gibt es da irgendwas in Thüringen?

Götze, Staatssekretär:

Das kann ich Ihnen derzeit nicht beantworten, will ich gern prüfen. Wenn eine Antwort unter dem Aspekt der Sicherheit möglich ist, werden Sie die bekommen.

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Die nächste Anfrage ist die Drucksache 6/153 von der Frau Abgeordneten Muhsal, AfD-Fraktion.